

Gastkommentar von **Josephine Thyret**, Sprecherkreis AGBSW Berlin, Co-Vorsitzende BSW Berlin

Gedanken nach dem Landesparteitag des BSW Berlin



Dieser Parteitag am 24. Januar 2026 fand in der Zeit großer politischer Umbrüche statt: Krieg, Chaos, Barbarei – wer denkt nicht voller Sorgen an Palästina, Venezuela, Ukraine. Die Politik der Herrschenden, die uns mit einem 3. Weltkrieg bedrohen...

Das stellt auch uns, das BSW, vor große Herausforderungen. In diesem Sinne sollte unser Parteitag richtungsweisend sein.

Zur Diskussion stand natürlich auch die Zukunft unserer Partei, unsere Strategie für die anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksversammlungen. Es ging also um Inhalte, um Haltung, um Richtung.

Werden wir als BSW politisch tatsächlich **die Partei für Veränderung** sein und nicht einfach eine weitere Partei?

Ich werde hier nicht auf die verschiedenen auch widersprüchlichen Meinungen, die auf dem Parteitag zum Ausdruck kamen, eingehen. Dafür sind Protokolle da. Mir kommt es auf die Grundfragen an, vor die sich die Delegierten gestellt sehen und die wir im Wahlprogramm noch endgültig definieren müssen:

Wie verbessern wir konkret die Lebenssituation der Berlinerinnen und Berliner?

Wie machen wir Berlin zu einer Stadt der sozialen Gerechtigkeit? Wie sorgen wir für bezahlbare Mieten, gute Schulen, funktionierende Infrastruktur?

Und wie machen wir Berlin zu einem Ort, der für Frieden steht, der sich der Kriegsertüchtigung verweigert?

Werden wir beweisen können, dass das BSW für eine Politik steht, die nicht den Eigeninteressen von Parteiapparaten

dient, sondern den Interessen der Bürgerinnen und Bürger?

Für eine Politik, die sich an den Sorgen der arbeitenden Bevölkerung orientiert.

Für eine Politik, die die Perspektive der wirtschaftlich Schwachen, der Ausgegrenzten und der Unterprivilegierten ernst nimmt.

Dieser Anspruch hat viele Menschen – wie z.B. auch mich – zum BSW gebracht.

Unsere Partei wird gebraucht. Sie wird gebraucht als sichtbares Zeichen gegen das „Weiter so“. Als Alternative zu Aufrüstung, zu Kriegsrhetorik, zu Sozialabbau.

Und ja: auch als klare Alternative zu konservativen reaktionären Parteien, zur AfD.

Es war also ein Auftrag an diesen Berliner Parteitag, unter Beweis zu stellen: Es gibt eine Alternative. **Und das BSW ist diese Alternative.**

Auch Menschen aus anderen Parteien haben Erwartungen an uns, denen wir eine Antwort geben müssen:

Grüne, die genug haben von Kriegsslogik und Raketenpolitik.

Linke, deren Basis fassungslos ist über die Anpassung ihrer Führung, über das Schweigen zu Gaza, über gemeinsame Abstimmungen mit der CDU bei Kriegskrediten.

Das sind potenzielle Wählerinnen und Wähler des BSW, auf sie wollen wir zugehen.

Dabei gilt: Bei unseren Kernfragen – Frieden, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft – brauchen wir eine klare Linie. Sicher sind noch Fragen offengeblieben. Sicher konnte der Parteitag nicht in immer seiner Verantwortung

gerecht geworden. Doch bei allen Diskussionen, bei allem Streit: wir werden unser gemeinsames Ziel nicht vergessen.

Gerade jetzt im Wahlkampf wissen wir uns der solidarischen Diskussion und dem gemeinsamen Handeln verpflichtet.

Die Lage ist ernst. Milliarden fließen in Aufrüstung, während Schulen verfallen, Krankenhäuser schließen und Rentner nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen.

Unsere Zukunft darf nicht auf dem Schlachtfeld geopfert werden.

In Berlin heißt diese Krise:

explodierende Mieten, Verdrängung ganzer Kieze, überfüllte Schulen, kaputtgesparte Krankenhäuser und ein Nahverkehr, der nicht mehr funktioniert.

Während Konzerne profitieren, wissen Pflegekräfte, Erzieherinnen, Handwerker und Rentner nicht mehr, wie sie diese Stadt noch bezahlen sollen.

Das ist kein Naturgesetz – das ist das Ergebnis falscher politischer Entscheidungen. Und genau dagegen treten wir an. Und die gute Nachricht ist: Immer mehr Menschen sehen das.

Auf unserer Landesvertreterversammlung im Anschluss an den Parteitag wurden die Kandidatinnen und Kandidaten gewählt. Jetzt geht es darum, über das Wahlprogramm zu entscheiden. Ein Programm, das wir – über alle Konflikte hinweg – gemeinsam erarbeiten werden – demokratisch, transparent.

Eine Mehrheit will keinen Krieg. Sie will eine Politik des Friedens. Sie sucht eine Partei, die dafür steht. Diese Partei sind wir.